

Friedrich Merz:

Ohne Nutzen für die Beschäftigung

Der verheißungsvoll vom Beschäftigungszum Internet-Gipfel beförderte Europäische Rat von Lissabon sollte den Aufbruch der Europäischen Union in das Informationszeitalter markieren, eine Internet-Offensive den technologischen Rückstand Europas gegenüber den USA verringern, für mehr Wachstum sorgen und die europäischen Unternehmen weltweit konkurrenzfähiger machen.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollte der Europäische Rat sogar den Weg zu einer „neuen

Erklärung zu den Ergebnissen des EU-Sondergipfels in Lissabon

Ökonomie“ vorzeichnen – durch den Aufbau einer europäischen Wirtschaft und Gesellschaft der Innovation und des Wissens, durch eine „Agenda für Wirtschafts- und Strukturreformen zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der Wirtschaft“, durch eine „Erneuerung und Sicherung des sozialen Modells Europa“ sowie eine „makroökonomische Koordinierung der Wirtschaftspolitik“ für ein nachhaltiges Wachstum.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Parteienfinanzierung

Erwin Marschewski und Joseph Theodor Blank: Das Parteiengesetz ist unklar. Seite 2

● IWF

Generalsekretärin Angela Merkel begrüßt die Wahl von Horst Köhler. Seite 3

● Steuerreform

Dietrich Austermann: Bundesregierung verplumpert Steuergeld für Propaganda. Seite 4

● Renten

Minusrunde statt Nullrunde. Seite 5

● Turn-around

Hans-Peter Repnik: Konstruktive und kämpferische Oppositionsarbeit. Seite 6

● Stiftungsrecht

Rot-Grün ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Seite 16

● NRW

Clements „Jobwunder“ – nichts als eine leere Versprechung. Seite 19

Das Parteiengesetz ist unklar

Zur öffentlichen Beratung des Innenausschusses über das System der Parteienfinanzierung erklärten der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, und der zuständige Berichterstatter, Joseph Theodor Blank:

Anders als Bundestagspräsident Thierse wiederholt behauptet hat, geht aus dem Parteiengesetz nicht eindeutig hervor, ob ein Rechenschaftsbericht als „nicht abgegeben“ gilt, wenn er fehlerhaft ist.

Hierauf hat Thierse's Vorgängerin schon 1997 hingewiesen. Und die 'Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Parteienfinanzierung' hat dies in ihrem Bericht vom März 1999 erneut aufgegriffen. Beides hat Thierse bei seiner Entscheidung, von der CDU die staatliche Mitfinanzierung in voller Höhe zurückzufordern, ignoriert.

Dabei lag auch damals schon der Kommissionsbericht, der jetzt in öffentlicher Sitzung des Innenausschusses beraten

wurde, vor. Darin heißt es wörtlich zu diesem Themenkomplex: „Die gegenwärtigen Anwendungsprobleme sind nach Auffassung der Kommission nicht im Wege der Gesetzesauslegung zu bewältigen.“

Genau dies aber hat Bundestagspräsident Thierse getan, als er die staatlichen Mitfinanzierungsmittel für die CDU in voller Höhe zurückgefordert hat. Überdies hat er den Eindruck vermittelt, die Regelung wäre eindeutig. Angesichts dieser Tatsachen ergeben sich zwei Folgerungen:

Es gut, richtig und keineswegs unangemessen, dass die CDU die Entscheidung des Bundestagspräsidenten nach Recht und Gesetz überprüfen lässt.

Die CDU/CSU-Fraktion hat bereits interfraktionelle Gespräche über eine Reform des Parteiengesetzes angeboten. Die SPD hat angekündigt, dass sie bereits Vorschläge erarbeitet hat. Würde sie diese den anderen Fraktionen vorlegen, könnten die Gespräche beginnen.

Fortsetzung von Seite 1

Gemessen an dieser ehrgeizigen Zielsetzung bleiben die in Lissabon erzielten Ergebnisse oberflächlich, widersprüchlich und von begrenzter Wirkung für die Beschäftigung:

- Die Arbeitslosigkeit in Europa ist im wesentlichen ein Problem der Länder Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien. In anderen Mitgliedstaaten ist nahezu Vollbeschäftigung erreicht. Warum sollen diese Mitgliedstaaten Arbeitsmarktpolitik zusammen mit Deutschland machen, wo die Arbeitslosigkeit mit am höchsten in der gesamten EU ist?

- Eine europäische Initiative für den Anschluss an das Informationszeitalter hätte bereits der deutschen Ratspräsidentschaft vor einem Jahr gut zu Gesicht gestanden. Diese Chance wurde vertan – die Bundesregierung ist stattdessen der Schimäre eines Europäischen Beschäftigungspaktes nachgelaufen. Dabei ist der Abstand zwischen Europa und den USA im Sektor der Informationstechnologie immens: Während in Europa bislang lediglich 23% aller Haushalte einen Netzanschluss besitzen, wird das Internet in den USA bereits von mehr als 50% der Haushalte genutzt.
- Der in Lissabon beschlossene Anschluss der Schulen ans Netz und die Forcierung

Horst Köhler – ein international erfahrener und kompetenter Fachmann

Zur Wahl von Horst Köhler zum Chef des Internationalen Währungsfonds erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Wir begrüßen ausdrücklich die Wahl von Horst Köhler zum Chef des Internationalen Währungsfonds und wünschen ihm viel Glück für seine neue Aufgabe. Horst Köhler ist ein international erfahrener und kompetenter Fachmann, der durch seine Tätigkeit

als Finanzstaatssekretär bei Theo Waigel und als Präsident der Osteuropa-Bank die besten Voraussetzungen für das neue Amt mitbringt.

Erst die Bereitschaft von Horst Köhler zur Kandidatur hat weiteren Ansehensverlust Deutschlands in der Welt vermieden, der durch das amateurhafte Auftreten der Bundesregierung entstanden ist.

der Lehrerausbildung am Computer ist ein wichtiges Ziel. In Deutschland ist dies allerdings eine Angelegenheit der Länder. Vor allem: Europäische Programme und Aktionen ersetzen deshalb nicht die in Deutschland nur halbherzig angepackten Strukturreformen in den traditionellen Industrien, wo klassische Arbeitslosigkeit herrscht. Ohne durchgreifende Steuerreformen und ohne weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte besteht deshalb sogar die Gefahr, dass anstelle der „neuen Ökonomie“ eine zweigeteilte Wirtschaft entsteht – mit modernen, zukunftsgerichteten Industrien mit Fachkräftemangel und den Traditionsindustrien mit hoher Dauerarbeitslosigkeit.

● Die in Lissabon vereinbarte „Europäische Agenda für Wirtschafts- und Strukturreformen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas“ enthält mit der Liberalisierung der Netzwerkindustrien, einer konsequenten Marktöffnungspolitik und einem einfachen Zugang zu den neuen Kapitalmärkten richtige und wichtige Ansatzpunkte. Ohne die gleichzeitige Liberalisierung bzw. Deregulierung auf den Arbeitsmärkten der EU-Länder bleiben diese Maßnahmen jedoch unvollständig

und in der erhofften Wirkung für mehr Beschäftigung begrenzt. Deshalb blieben auch die bisherigen EU-Beschäftigungsgipfel ohne durchschlagenden Erfolg. Die Arbeitslosigkeit in Europa sank zwar seit 1997 von 10,7% auf 9% Ende 1999, aber noch immer sind in der EU mehr als 15 Millionen Menschen arbeitslos.

● Die Erneuerung und Sicherung des sozialen Modells Europa ist auch aus der Sicht der Union ein wichtiges und legitimes Ziel, dem wir in Deutschland mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Rechnung tragen. Wir teilen die Auffassung der Bundesregierung, dass es ein angemessenes Gleichgewicht zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Verantwortung geben muss. Selbstverständlich müssen auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringerer Produktivität ihre Chance am Arbeitsmarkt bekommen. Auch die Solidarität der Generationen am Arbeitsmarkt ist aus der Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein wichtiges politisches Ziel. Wir begrüßen daher, dass sich die Bundesregierung in ihren Vorschlägen für die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates für eine Förderung von mehr Beschäftigung im Alter eingesetzt

Bundesregierung verplempert Steuergeld für Propaganda

Zur Anzeigenkampagne der Bundesregierung über die Steuerreform erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Mit einer großformatigen Anzeige wirbt der Bundesfinanzminister plakativ für die vorgesehene Steuerreform. Eine derartige „Propaganda“ ist seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus den 70er Jahren vor Wahlen von Verfassungswegen verboten. Die Regierung setzt damit die Verletzung der Verfassung fort.

Seit dem Regierungswechsel 1998 verschleudert die Bundesregierung ständig Millionen zur Beeinflussung der Bevölkerung, insbesondere vor Wahlen. Dies begann mit den Anzeigen zum Jahreswechsel 1998/1999, setzte sich fort mit der Werbung zum Staatsbürgerschaftsrecht (das dann hinterher erheblich verändert werden

musste), in dem mit Köpfen von Show-Größen Sympathiewerbung betrieben wurde, und gipfelt in der neuen Anzeige des Bundesfinanzministers. Das Verfassungsgericht hat eindeutig festgestellt, dass Anzeigen der Bundesregierung vor Landtagswahlen untersagt sind, wenn der informative Gehalt eindeutig hinter dem werbenden Charakter zurücktritt.

Dies gilt für die jetzt in der Bild-Zeitung veröffentlichte Anzeige, die in Umrissen ein Steuerkonzept skizziert, das in Teilen erst im Jahre 2005 in Kraft tritt. Der Zusammenhang mit der Wahl in Nordrhein-Westfalen, also der Versuch der Beeinflussung der Wahlbevölkerung, ist unübersehbar. Dafür bezahlen die Steuerzahler mehr als eine halbe Million Mark von insgesamt 7,5 Millionen DM, mit denen die Bundesregierung über die beabsichtigte Steuerreform informieren will.

hat, „um dem frühzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken“. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese richtige Erkenntnis auch im „Bündnis für Arbeit“ zu vermitteln und die Forderung nach einer Rente mit 60 zurückzuweisen.

● Wachstum und Beschäftigung entstehen durch Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen, aber sie können nicht politisch verordnet werden. Dies sollte nach den Diskussionen, die wir in den vergangenen Jahren auch in der Bundesrepublik Deutschland über die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik geführt haben, auch die Bundesregierung wissen. Sie hat of-

fensichtlich dennoch der Versuchung nicht widerstehen können, im Rahmen der „makro-ökonomischen Koordinierung der Politiken in Europa“ in Lissabon der Fest-schreibung eines Wachstumsziels von 3% zuzustimmen. Wir wünschen der deutschen Wirtschaft, dass wir in den kommenden Jahren dieses Ziel überschreiten, wir vertrauen dabei allerdings mehr auf die Wirtschaftsdynamik und Konjunktur-entwicklung als auf das, was die Bundes-regierung in Lissabon unterschrieben hat. Quantitative Vorgaben sind Instrumente einer zentralistischen Wirtschaftspolitik und damit das Gegenteil von „New Economy“.

Minusrunde statt Nullrunde

Nun ist es also amtlich: Die Renten werden in diesem Jahr lediglich um 0,6 Prozent angehoben. Damit werden die Rentner von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Ziel der Schröder-Regierung war es, durch diesen willkürlichen Eingriff in das Rentenrecht die Renten real konstant zu halten und damit Milliardenbeträge einzusparen. Beides ist nicht gelungen.

Die Inflationsrate hat bereits im Februar 2000 einen Wert von 1,8 Prozent erreicht. Für die Rentner bedeutet das: Die Preise steigen stärker als ihre Renten, sie können mit ihrer Rente weit weniger kaufen als im Jahr zuvor. Nachdem Kanzler Schröder bereits wortbrüchig wurde, als es um die Beibehaltung der Nettolohnanpassung ging, hat er nun auch das Versprechen gebrochen, zumindest die Kaufkraft zu erhalten.

Einsparung nicht erreicht

Arbeitsminister Riester versprach sich von der Renten-Nullrunde Einsparungen von über 16 Milliarden DM. Dabei ging er jedoch von einem Anstieg der Nettolöhne in 1999 aus, der weit über den tatsächlichen Werten liegt. Statt der zunächst erwarteten 3,7 Prozent waren es – auch aufgrund der Einrechnung der 630-DM-Jobs – lediglich 1,7 Prozent. Dementsprechend wird das Einsparvolumen weitaus geringer sein.

Dass die Inflationsrate in diesem Jahr – und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren – so hoch sein wird, hängt mit der Ökosteuer zusammen: Durch Einführung und Erhöhung stiegen die Preise für Benzin, Heizöl, Strom und Gas drastisch an. Die Steuerschraube wird zur Preisspirale. Nicht nur die Rentner, auch die Arbeitnehmer sind die Leidtragenden: Eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 5.000 spart durch die Senkung des Rentenbeitragsatzes 25 DM pro Monat. Ab der dritten Stufe der Ökosteuer muss diese Familie jedoch gleichzeitig über 75 DM mehr pro Monat ausgeben. In der Summe ein Minus von 600 DM im Jahr.

Rentenlügen sind Alarmsignal

Rentner wie Arbeitnehmer verlieren durch das rot-grüne Rentenstückwerk. Es steht zu befürchten, dass die ebenfalls versprochene „uneingeschränkte“ Rückkehr zur Nettolohnanpassung der Renten verschoben wird, um weiter Kasse zu machen. Für die heutigen Beitragszahler sind die fortgesetzten Rentenlügen ein Alarmsignal: Das Vertrauen in die Rentenversicherung wird weiter geschwächt, anstatt mit einer mutigen Reform auch den Jungen eine Perspektive für ihre eigene Alterssicherung zu geben. Davon ist Rot-Grün weit entfernt. ■

Benzinpreise Ursache für Verteuerung

Die Inflationsrate in Deutschland ist im Februar mit 1,8 Prozent auf den höchsten Stand seit Dezember 1997 (+2,0) gestiegen. Damit setzte sich die seit Juni vergangenen Jahres zu beobachtende Beschleunigung des Preisauftriebs im Jahresvergleich fort, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Damals betrug der Anstieg 0,4 Prozent, im Januar waren es 1,6 Prozent. Ursache der Verteuerung im Februar waren vor allem die anziehenden Preise für Mineralölerzeugnisse. Im Vergleich zum Vormonat erhöhte sich die Inflationsrate um 0,4 Prozent.

Konstruktive und kämpferische Oppositionsarbeit

Der Neuanfang ist geschafft: Mit den Wahlen in der Fraktion haben wir den neuen Vorstand unter der Führung von Friedrich Merz nun komplett zusammen. Nach den vielen schwierigen Wochen der letzten Monate starten wir jetzt mit einem kräftigen Rückenwind. Hierzu trägt auch bei, dass sich die Parteiführung der CDU einstimmig für eine Kandidatur Angela Merkels zum Parteivorsitz auf dem Essener Parteitag im April ausgesprochen hat. Damit schließt sie sich dem großen Zuspruch an, den Angela Merkel auf den Regionalkonferenzen von der Parteibasis erfahren hat.

Dieser Zuspruch zu den Personalentscheidungen der Union in den letzten Wochen hat seinen Niederschlag auch in den Umfragewerten gefunden, die sich in kurzer Zeit deutlich verbessert haben. In der Wirtschaft würde man wohl von einem „Turn-around“ sprechen. Die Menschen trauen uns etwas zu, zumal die politische Zukunft dieses Landes ganz bestimmt nicht auf den Regierungsbänken des Bundes zu finden ist. Sozialdemokraten und Grüne im Bundestag – letztere einst die Prototypen für politische Frische – stehen längst nicht mehr für Entscheidungswille, Mut zur Erneuerung, Unverbrauchtheit und gleichzeitig Kompetenz. Die Hoffnung der Bürger, die sich in den besser werdenden Umfragewerten darstellt, sind Ansporn für unsere sachpolitische Auseinandersetzung mit der rot-grünen Koalition um die besseren Alternativen.

Der Fahrplan für die kommenden Monate steht: Bis zum Beginn der parlamentarische Sommerpause verbleiben noch gut 3 1/2 Monate mit insgesamt sieben Sitzungswochen, in denen wir konzentriert, enga-

giert und mutig unsere Alternativen entwickeln und für sie streiten müssen. Die Schonzeit für die Regierung im Windschatten der Parteispendenproblematik ist vorbei. Wir kehren zurück zu einer konstruktiven, kämpferischen Oppositionsarbeit, die einerseits das Versagen der Regierung dokumentiert und andererseits unsere besseren Alternativen aufzeigt.

Im Zentrum unserer Arbeit in den nächsten Wochen stehen dabei die folgenden Themen:

Arbeitsmarkt

Die Bilanz der Bundesregierung auf dem Arbeitsmarkt ist katastrophal. Trotz saisonaler Besserungen gibt es keine nennenswerten Fortschritte beim Abbau der Ar-

Von Hans-Peter Repnik, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

beitslosigkeit. Die Arbeitsförderungs politik der Bundesregierung ist fehlgeschlagen, das Bündnis für Arbeit bringt keine Ergebnisse, und „Arbeit für alle“ liegt noch in weiter Ferne. Der vorgelegte rot-grüne Steuerreformentwurf wird nicht in dem erforderlichen Umfang über mehr Wirtschaftswachstum neue Arbeitsplätze schaffen. Deshalb werden wir in den Beratungen des Finanzausschusses, spätestens aber im Vermittlungsverfahren das Paket aufschnüren und so verbessern müssen, dass die Steuerreform einfach, gerecht und wachstumsfördernd sein wird.

Zuwanderung

Der Schnellschuss des Bundeskanzlers auf der CEBIT in Hannover, die Zuwanderung

von Facharbeitskräften in erheblichem Umfang zuzulassen, war – wie viele seiner Vorschläge zuvor – nicht durchdacht. Es gilt, in der Öffentlichkeit auf die damit verbundenen Probleme und Mängel deutlich hinzuweisen. Was Deutschland braucht, ist eine differenziertere Lösung, die die erwünschte Zuwanderung in begrenztem Umfang zulässt, zugleich aber die unerwünschte Zuwanderung eindämmt. In diesem hochsensiblen Bereich bedarf es genau durchdachter Lösungen, die das ganze Spektrum der Zuwanderungsproblematik einschließlich des Asylproblems sowie wirtschafts- und bildungspolitischer Fragen abdeckt. Hier werden wir in den nächsten Wochen entsprechende Vorschläge erarbeiten.

Aufbau Ost

Bei der Fortführung des von der Union so erfolgreich begonnenen Aufbau Ost fehlt der Bundesregierung ein überzeugendes Aufbauplan. Statt aufzuholen, fallen die neuen Länder sogar zurück, obwohl – oder gerade weil – der Bundeskanzler dies zur Chefsache erklärt hat. Das muss den Menschen in Ost und West in entsprechender Weise vermittelt werden: Show ohne Substanz genügt eben nicht.

Umweltpolitik

Die Umweltpolitik der Bundesregierung verkümmert aufgrund der ideologischen Fixiertheit auf Atomausstieg und sog.

Ökosteuer. Die Stellungnahme des Sachverständigenrates zur Umweltpolitik der Bundesregierung war vernichtend. Hier werden wir ansetzen und alternative Handlungskonzepte vorlegen, auch im Hinblick auf ein überzeugendes energiepolitisches Gesamtkonzept.

Renten- und Gesundheitsreform

Rentenreform und Gesundheitsreform sind weitere zentrale Themen, die bis zum Sommer auf unserer Agenda stehen. Gerade das Ringen um langfristig tragfähige Sozialversicherungssysteme ist ohne Zweifel das die Menschen am meisten bewegende Thema. Hier müssen Antworten auf die Fragen gefunden werden, damit der Generationenvertrag auch in der Zukunft Bestand haben kann. Wir werden uns in die laufenden Konsensgespräche deshalb aktiv und konstruktiv mit eigenen Vorstellungen und klaren Konzepten einbringen und dies den Menschen auch vermitteln.

Der Themen- und Aufgabenkatalog für die nächsten Wochen ist also reichhaltig und anspruchsvoll. Um ihn bewältigen zu können, werden wir alle hart und diszipliniert arbeiten müssen. Doch wir werden es schaffen; denn wir dürfen nicht weiter zulassen, dass die Politik Schröders, „Sprüche statt Konzepte“, mit der Fehlentwicklung zugekleistert und weggeschoben werden sollen. Erfolg hat. Wir werden in den kommenden Wochen beweisen, dass wir die besseren Alternativen haben.

Immer mehr Schüler in beruflichen Schulen

Berufliche Schulen gewinnen immer mehr an Bedeutung. Im laufenden Schuljahr besuchen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden 2,7 Millionen Schüler diese Schulen, die der beruflichen Ausbildung dienen. Das sind 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Seit 1994 sei die Zahl damit kontinuierlich gestiegen, teilte das Bundesamt am Montag mit. Innerhalb von fünf Jahren ergab sich ein Plus von 9,5 Prozent.

Graffiti-Schmierereien bestrafen

Zur Ablehnung des Graffiti-Bekämpfungsgesetzes im Deutschen Bundestag erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, Minister a. D. Herbert Helmrich:

Es ärgert jeden und niemand versteht es. Da legen wir Christdemokraten als erste ein Gesetz zur Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien vor. Und SPD und Grüne lehnen es ab. Da legt der Bundesrat – unter Beteiligung sozialdemokratisch regierter Länder – einen wortgleichen Gesetzesantrag vor. Und wieder lehnen SPD und Grüne ab.

Die Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien ist ein Thema, das in die Öffentlichkeit gehört. Denn sie ist es, die – in Folge einer untätigen Bundesregierung – von beschmierten Häusern, Garagen, Mauern, Zäunen, Bussen und Bahnen betroffen ist. Die juristische Streitfrage, ob der Tatbestand einer Sachbeschädigung nach § 303 StGB nur dann erfüllt ist, wenn die Substanz der Sache erheblich verletzt oder ihre Brauchbarkeit nachhaltig beeinträchtigt wurde, kann und muss auch die Bürger unseres Landes interessieren.

Eine schnelle Antwort schuldet die Schröder-Regierung, nicht aber die Bevölkerung. Das Problem ist drängend. Jahr für Jahr entstehen Millionenschäden. Zur Rechenschaft können die Täter jedoch nur selten gezogen werden. Zunehmend werden unsere Gerichte belastet. Ein Untätigbleiben darf nicht länger zulasten des privaten und öffentlichen Eigentums gehen. Die CDU hat mit ihrem Vorschlag, in den Tatbestand des § 303 StGB das Wort „verunstalten“ aufzunehmen, eine schnelle und praktikable Lösung geboten. Besonders in Nordrhein-Westfalen werden sich nun SPD und Grüne zu recht fragen lassen

müssen, warum sie die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für eine wirksame strafrechtliche Verfolgung von Graffiti-Schmierereien als Sachbeschädigung sabotiert haben.

Wer ablehnt, muss vorschlagen. Wer ablehnt ohne vorzuschlagen, will bloß verhindern. Die Schröder-Regierung will nicht handeln. Den eigentlichen Grund kann jedermann bereits in der Stellungnahme der Bundesregierung zum Gesetzentwurf des Bundesrates nachlesen: Prävention soll das Allheilmittel sein. Statt

SPD und Grüne haben nicht nur den CDU/CSU-Antrag abgelehnt, sondern auch einen gleichlautenden des Bundesrats unter SPD-Beteiligung.

Tatkraft Gutmenschenideologie. Was gewollt ist, wird hier deutlich: die Schaffung einer „bunten“ Gesellschaft, Graffiti als Kunst, Selbstverwirklichung, „die Dose gehört mir“. In Wahrheit sollte es der Schröder-Regierung aber um den Schutz unseres Eigentums gehen, um den Respekt der Privatsphäre und – wo öffentliches Eigentum beschädigt wird – um unser Gemeinwohl.

Denn dort, wo Graffiti-Schmierereien nicht verfolgt werden, werden Hemmschwellen gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt und die gesetzestreuen Bürger entmutigt. Stattdessen muss auch hier die Parole lauten: Wehret den Anfängen! Die CDU duldet keine rechtsfreien Räume für Chaoten, denen oft weitere Formen der Kriminalität folgen. Rot und Grün jedenfalls – der Name sagt es bereits – sind heute offiziell zu Graffiti-Parteien geworden.

Klares Bekenntnis zum WTO-Prozess

Zur Verabschiedung des Positionspapiers „Für eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft und die Verankerung des Verbraucherschutzes“ erklärte die Vorsitzende der WTO-Arbeitsgruppe des Bundesfachausschusses Agrarpolitik der CDU, Peter Bleser:

Die CDU bekennt sich klar zum WTO-Prozess. Für den Agrarbereich müssen die Verhandlungen jedoch mehr als eine reine Liberalisierungsrunde werden. Sie müssen den vielfältigen Aufgaben der Landwirtschaft für die Gesellschaft Rechnung tragen. Ziel der CDU ist es, dass am Ende ein Rahmen steht, der

- eine flächendeckende Landwirtschaft, die nachhaltig wirtschaftet und leistungsfähige bäuerliche Betriebe hat, sichert,
- den in der Landwirtschaft Tätigen befriedigende Einkommenschancen bietet,
- den Wünschen der Verbraucher Rechnung trägt und die hohen Qualitäts- und Umweltstandards in Deutschland und Europa absichert,
- die Weltagarmärkte stabilisiert.

Der CDU Bundesfachausschuss Agrarpolitik fordert deshalb in seinem Positionspapier:

1. Eine umfassende multilaterale Runde mit einer breiten Themenpalette. Mit einer Verengung auf den Agrarbereich ist das Ziel der Wohlstandsmehrung in der Welt durch einen allgemeinen Liberalisierungsprozess nicht erreichbar. Die Landwirtschaft darf auch keinesfalls den Preis für die Erfüllung von Forderungen in anderen Wirtschaftsbereichen zahlen.

2. Eine solide Basis für die Verhandlungen. Erst wenn die wettbewerbsverzerrenden Wirkungen quantifiziert sind, kann

zielgerichtet verhandelt werden. Alle den Markt beeinflussenden Maßnahmen, das sind neben den Exportsubventionen, zum Beispiel auch die Agrarexportkredite, die Ernteausfallversicherungen, die Exportbeihilfesysteme und Handelsmonopole der großen Agrarexporteure, müssen auf den Verhandlungstisch.

3. Die Sicherung des europäischen Modells einer multifunktionalen Landwirtschaft, die über die Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion hinaus die Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft übernimmt, zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Stabilisierung des ländlichen Raums beiträgt und den Anforderungen des Umwelt- und Tierschutzes gerecht wird.

Dafür gilt es:

- die Vorleistungen der Europäischen Union im Rahmen der Agenda 2000 anzuerkennen,
- interne Stützungen und einen angemessenen Außenschutz als Option zu erhalten. Sie sollten allerdings mit der Verpflichtung einer Mengensteuerung verbunden werden, um auf Marktschwankungen stabilisierend reagieren zu können. Die internen Stützungen müssen so wenig handelsverzerrend wie möglich ausgestaltet sein. Das heißt, dass sie vor allen Dingen über Greenbox- und Bluebox-Maßnahmen erfolgen. Dort, wo diese nicht ausreichen, müssen aber auch andere Maßnahmen der Agrarstützung möglich bleiben.
- das hohe Niveau des Gesundheits-, Tier- und Umweltschutzes in der EU abzusichern und entsprechende Regelungen in das Welthandelsabkommen zu integrieren. Produkte, die in die EU importiert werden, müssen unseren Standards ent-

Gerechtigkeit für Feuerwehrleute, Zeitungsausträger und Verleger

Zu den Anträgen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehrenamtlich Tätige und kurzfristig Beschäftigte von der Sozialversicherungspflicht zu befreien, erklärte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann, und der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Johannes Singhammer:

Zeitungsaustragen im Rahmen der 630-DM-Regelung muss sich wieder für Zusteller und Verleger lohnen. Feuerwehren müssen funktionsfähig bleiben.

Die nunmehr eingebrachten Anträge sollen die schreiendsten Ungerechtigkeiten beseitigen, die mit der 630-DM-Gesetzes-Problematik einhergehen.

Auf Initiative der CSU-Landesgruppe hat die Fraktion der CDU/CSU den Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, ehrenamtlich Tätige sowie kurzfristig Beschäftigte von der Sozialversicherungspflicht auszunehmen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht davon aus, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit nicht gleichzusetzen ist mit einer beruflichen Beschäftigung, die auf Einkommenserzielung ausge-

richtet. Aufwandsentschädigungen an ehrenamtlich Tätige sind kein Entgelt, sondern vielmehr Ersatz für entstandenen Aufwand und Anerkennung für die geopferte Freizeit sowie eingebrachte Sachkunde. Sozialrechtliche Leistungen wie etwa das Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit, Rentenversicherung für Alter, Kündigungsschutz, bezahlter Urlaub oder Mutterschutz sind der ehrenamtlichen Tätigkeit grundsätzlich fremd. Ziel des ehrenamtlichen Engagements von Hunderttausenden Mitbürgern ist nicht ein Entgelt wie in einem Arbeitsverhältnis, sondern das Engagement für die Allgemeinheit. Das Sozialgesetzbuch muss daher klarstellen, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit kein Beschäftigungsverhältnis und Aufwandsentschädigungen kein Arbeitsentgelt, somit sozialversicherungsfrei sind. Die Bundesregierung hat hierfür geeignete Abgrenzungskriterien zu definieren, damit den Betroffenen schnellstmöglich geholfen werden kann.

Der zweite Antrag soll sicher stellen, dass Arbeitnehmer, die nur 50 Tage im Jahr arbeiten, z.B. Austräger von Wochenblättern, auch länger als ein Jahr diese Tätigkeit sozialversicherungsfrei ausüben können.

sprechen oder zumindest klar und verständlich gekennzeichnet sein.

4. Den Erhalt der regionalen Vielfalt des Nahrungsmittelangebotes.

5. Die Verzahnung von Welthandel und Umweltschutz.

6. Die verstärkte Einbeziehung der Entwicklungsländer und ihrer Interessen.

7. Einen demokratischen und transparenten Verhandlungsprozess, bei dem auch die gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen vorzutragen. ■

Schröder ist verantwortlich für den Rückstand im IT-Bereich

Zu den Ergebnissen des Europäischen Rates von Lissabon erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Hintze:

Ich gebe den europäischen Regierungschefs ausdrücklich Recht, wenn sie Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Europa deutlich hinter die USA zurückfallen sehen. Das Ziel, mehr Dynamik in den Wirtschaftsraum Europa zu bringen, wird von der CDU/CSU-Fraktion nachdrücklich unterstützt. Die in Lissabon vorgeschlagenen Maßnahmen dienen jedoch mehr dem schönen Schein als der Überwindung des europäischen Rückstandes. Mit Zauberformeln wie staatlich programmierten Wachstumszielen ist das Problem nicht zu lösen.

Die Festlegung auf ein Wachstumsziel ist sogar gefährlich, weil dies den Blick auf die eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit versperrt: Zu hohe Steuern und Abgaben, fehlende Qualifizierung, mangelnde Mobilität. Bei der Arbeitslosigkeit sind die EU-Regierungschefs weiterhin offline.

Die Internet-Offensive besteht im Wesentlichen aus Überschriften. Im Stile von Boris Beckers „Boa ... ich bin drin“ begeistern sich die Staats- und Regierungschefs über die neue Kommunikationstechnik, die von ihren Kindern und Enkeln längst wie selbstverständlich angewendet wird. Vollmundige Eigenappelle auf dem EU-Gipfel können über schwerwiegende nationale Versäumnisse nicht hinwegtäuschen. Bundeskanzler Schröder trägt persönliche Verantwortung für den deutschen Rückstand im IT-Bereich. Als Ministerpräsident von Niedersachsen hat er 1996 einen Informatikstudiengang an der Fachhochschule Hildesheim ersatzlos gestrichen.

Die für den weiteren positiven Verlauf des EU-Reformjahres 2000 dringend erforderliche Normalisierung des Verhältnisses der übrigen 14 Mitgliedsstaaten zu Österreich ist unterblieben. Die EU muss ihr Mobbing gegen Österreich umgehend beenden. Die Boykottstrategie gegen Österreich ist rechtswidrig. Sie verstößt gegen den EU-Vertrag. ■

Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung

Zur angekündigten Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze durch die Wirtschaft in der IT-Branche erklärte der Vorstand der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) und Klaus Holetschek:

Die von BDA-Chef Dieter Hundt angekündigte Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze in der IT-Branche auf 60.000 ist der richtige Weg, um den

Fachkräftemangel zu beseitigen und jungen Menschen vernünftige Zukunftsperspektiven zu geben. Wir erwarten, dass auch in anderen Wirtschaftsbranchen, in denen zur Zeit Fachkräftemangel besteht, entsprechend in die Ausbildung investiert wird. Jetzt sind allerdings auch die Bundesländer gefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken und vor allem mehr Studiengänge im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich anzubieten.

Gefahren für die kommunalen Sparkassen aus Brüssel

Zur Gefährdung der kommunalen Sparkassen in Deutschland durch die Marktliberalisierungspolitik der EU in der Kreditwirtschaft erklärte der kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz:

Die EU-Kommission stellt die Existenzgrundlage der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Deutschland in Frage. Garantien der Städte und Kreise für ihre Banken und Sparkassen geraten auf den Prüfstand. Die Verantwortung für angemessene Kapitalausstattung (Anstaltslast) und Haftung im rein theoretischen Fall einer Sparkassenpleite (Gewährträgerhaftung), können im Zuge der EU-Liberalisierungspolitik als unzulässige Beihilfe gewertet werden. Denn Beihilfen sind nach EU-Recht grundsätzlich nicht zulässig. Nur unter bestimmten Bedingungen, nämlich wenn ein wichtiger öffentlicher Auftrag wahrgenommen wird, können Ausnahmen gemacht werden. Im Fall der deutschen kommunalen Sparkassen muss diese Ausnahmeregelung gelten.

Die Bundesregierung hat sich bisher nicht eindeutig genug vor die Sparkassen gestellt. Ich fordere sie auf, massiv in Brüssel dafür zu sorgen, dass die Diskussion über die deutschen Sparkassen vom Tisch kommt.

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat im Amsterdamer EU-Vertrag von 1997 dafür gesorgt, dass dieser öffentliche Auftrag auch EU-weit geschützt wird. Nun wird auf Grund einer Beschwerde der europäischen privaten Kreditwirtschaft bei der EU vom Dezember 1999 die Zulässigkeit der staatlichen Beihilfen für die Westdeutsche Landesbank, die Stadtsparkasse

Köln und die Westdeutsche Immobilienbank einer Zulässigkeitsprüfung unterzogen. Damit geraten auch alle anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutionen in Deutschland in das Schussfeld der EU-Liberalisierungspolitik.

Die kommunalen Sparkassen werden in Deutschland dringend gebraucht. Sie haben einen wichtigen öffentlichen Auftrag für den Erfolg unseres Landes. Sie versorgen das Bundesgebiet flächendeckend mit qualifizierten Finanzdienstleistungen – auch da, wo die privaten Banken nicht

Die Bundesregierung hat sich nicht eindeutig genug für eine Ausnahmeregelung eingesetzt.

präsent sind. Sie bieten kleinen und mittleren Unternehmern und Existenzgründern Beratung und Kredit – auch da, wo es sich für die Privaten nicht lohnt. Sie tragen zu einer regional ausgewogenen Wirtschaftsstruktur bei. Sie finanzieren kommunale Investitionen. Die deutschen Sparkassen arbeiten wirtschaftlich. Sie erzielen Gewinn, auch wenn die Gewinnerzielungsabsicht nicht der alleinige Existenzgrund ist.

Das ist bei den privaten Banken anders. Ganz deutlich geworden ist das durch die Fusion von Deutscher und Dresdner Bank. Nun wollen sie 800 ihrer 2500 Filialen schließen. Kleinkunden und Filialen in strukturschwächeren Gebieten bringen ihnen nicht genug Gewinn. Deutschland braucht aber die Dynamik kleiner Existenzgründer. Kleine Leute brauchen ein Girokonto, auch in peripheren Gebieten. ■

RENTENALTER**Umbrüche**

Friedrich Merz hat gefordert, dass das Rentenalter zukünftig nicht mehr sinken, sondern steigen soll. Das ist kein Grund, soziale Empörungsreflexe zu mobilisieren. Merz hat nur gesagt, was ohnehin nicht zu ändern ist. Denn es wird zukünftig zu viele Rentner und zu wenig Erwerbstätige geben. Und angesichts dessen ist es töricht, dieses Problem noch zu verschärfen, indem man aus Erwerbstätigen früher Rentner macht.

Merz hat aber noch aus einem anderen Grund Recht, der nichts mit dem Loch in der Rentenkasse zu tun hat. Denn was der „demographische Faktor“ an lebensweltlichen Umbrüchen bedeuten wird, ist noch gar nicht recht ins Bewusstsein gerückt. Die Gesellschaften werden älter – und zwar dramatisch.

Tagesspiegel**Bessere Wege**

Klaus Zwickel kämpft auf verlorenem Posten. Verbissen hält der Vorsitzende der IG Metall an der Rente mit 60 fest – und kann beinahe täglich erleben, wie die Unterstützung für dieses Modell schwindet. Die Chemiegewerkschaft hat längst vorgemacht, dass ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Erwerbsleben auch

über Altersteilzeit möglich ist, die Baugewerkschaft wird in dieser Woche den Nachweis ebenso geräuschlos erbringen.

Selbst in den Bezirken seiner eigenen Organisation wird nicht mehr über das ursprüngliche Rentenzzept verhandelt, sondern über eine Nachbesserung der Altersteilzeit. Sie gibt den Arbeitnehmern längst die Möglichkeit, mit 60 Jahren zu gehen. Ausgeglichen werden müssten also – wenn überhaupt – nur Rentenabschläge für zwei Jahre, und auch da sind bessere Wege als der von Zwickel geforderte Fonds denkbar.

Frankfurter AllgemeineDEUTSCHE BAHN**Nur vertagt**

Die Probleme bei der Bahn sind mit der Übereinkunft zwischen Mehdorn und Gewerkschaften über eine moderate Lohn- und Personalpolitik nicht gelöst, sondern nur vertagt worden. Das wissen alle Beteiligten einschließlich der Bundesregierung. Doch der reicht es offenbar, wenn die Züge einsteilen weiter unterwegs sind, zumindest bis die Weltausstellung vorbei ist. Was danach aus der Bahn wird, interessiert die rot-grüne Koalition nicht sonderlich. Sie hat kein Konzept für die Bahn, sondern nur den Wunsch nach Ruhe. So ist

das Regieren keine große Kunst.

Süddeutsche ZeitungVER.DI**Jugend bleibt weg**

Eine Liebesheirat ist das nicht, was fünf Gewerkschaften derzeit in Szene setzen. Die Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen, die IG Medien, die Postgewerkschaft und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft bilden mit der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eher eine Notgemeinschaft, die unter dem Diktat immenser Mitgliederverluste, folglich des Sparzwangs steht. Allein die ÖTV hat in den vergangenen zehn Jahren eine halbe Million Mitglieder eingebüßt. Zudem vergreisen die Aktiven, und die Jugend bleibt weg.

Frankfurter RundschauENTSCHÄDIGUNG**Späte Genugtuung**

Die Einigung über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter ist endlich da. Alle Seiten haben das Gesicht gewahrt. Das Kleinklein der letzten Wochen wurde überwunden. Dass nun alle Verhandlungspartner zufrieden sind, ist ein historischer, aber auch ein moralischer Erfolg: Um des großen Ganzen willen haben sich

Russland auf seinem Weg zur Demokratie unterstützen

Zum Ausgang der russischen Präsidentschaftswahlen erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Russland hat gewählt. Dies ist ein weiterer Schritt auf dem langen Weg zu demokratischer Normalität. Nach seinem klaren Sieg steht Präsident Putin jetzt vor der Herkules-Aufgabe, Russland wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich tiefgreifend zu reformieren. Statt weiterhin den Traum von der Großmacht Russland zu träumen, muss er die Voraussetzungen für das Überleben Russlands als große Macht schaffen. Wirtschaftliche Reformen müssen Rechtssicherheit für ausländische Investitionen schaffen und den Einfluss jener Oligarchen zurückdrängen, die ihn auf den Schild gehoben haben. Putin muss Frieden stiften, statt Krieg in Tschetschenien zu führen.

Die westlichen Hoffnungen, dass Putin all dies und vieles andere mehr tatsächlich tun wird, beruhen allein auf seiner erwiesenen politischen Intelligenz, die er allerdings bislang nur zum Machterwerb genutzt hat, mit großem Geschick und ohne Skrupel einschließlich des Missbrauchs eines Krieges zur Entflammung nationalistischer

Gefühle. Ob sein Verantwortungsbewusstsein groß genug ist und seine Kraft ausreicht, das im strengen Wortsinn Notwendige gegen massive Widerstände durchzusetzen, muss sich erst noch zeigen.

Die mehr als 50% seiner Wähler haben nicht für ein nicht existierendes Reformprogramm gestimmt. Die 30% Sjuganow-Wähler erst recht nicht. Das taten nur die weniger als 6% Jawlinski-Wähler. Eine klare demokratische Legitimation und eine Mehrheit im Parlament sind in Russland keineswegs ausreichende Voraussetzungen, um das Land gegen undurchsichtige Machtstrukturen und gegen eine beharrliche Mentalität umzugestalten.

Die Hoffnung des Westens, dass sich Putin dieser Herausforderung stellt, ist auch Ausfluss seines Interesses an einem demokratischen und deshalb stabilen und starken Russland. Dieses wird sich nur in einem langen, mühseligen und widerspruchsvollen Prozess entwickeln, den der Westen nur begrenzt beeinflussen kann. Aber was er tun kann, muss er mit Entschlossenheit und Geduld, mit Festigkeit und Einfühlung tun. Der Westen muss Partner und Gegenpart Russlands sein. ■

*die Verhandlungspartner mit ihren unterschiedlichen Interessen zusammenge-
rauft, um endlich ein Kapitel weitgehend abschließen zu können, das zu den großen Peinlichkeiten deutscher Nachkriegsgeschichte gehörte.*

■ Lektion für Fischer

Ohne den Amerika-Freund und Washington-Kenner Otto Graf Lambsdorff wäre das vorliegende Ergebnis kaum denkbar gewesen. Mehr als das: Ohne ihn hätte sich das bilaterale Verhältnis weiter abgekühlt. Lambsdorff sollte

der Bundesregierung, vor allem ihrem Außenminister, ein Beispiel dafür sein, dass es sich auszahlt, kontinuierliche Kontakte zu allen Ebenen der amerikanischen Politik zu pflegen. Auf die nämlich legt Joschka Fischer wenig Wert.

Beschäftigtenzahl muss Maßstab sein

Die CDU/CSU-Fraktion hat am 27. März einen auf ihrer letzten Sitzung beschlossenen Antrag, der auf eine Initiative des wirtschaftspolitischen Sprechers, Gunnar Uldall, zurückgeht, im Bundestag eingebracht.

Hierin wird die Bundesregierung aufgefordert, statt wie bisher die Arbeitslosenzahlen künftig die Beschäftigtenzahlen stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit und der beschäftigungspolitischen Betrachtungen zu rücken. Hierzu erklärte Gunnar Uldall:

Die Fokussierung auf die Arbeitslosenquote ist für eine wirtschaftspolitische Strategie, die Wachstum und Beschäftigung dynamisieren soll, ungeeignet. Demographische Entwicklungen, politische Einzelmaßnahmen oder statistische Definitionen können eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik allzu leicht kaschieren. Es darf nicht sein, dass dem Kurieren an Symptomen beispielsweise durch ABM, Frühpensionierungen o.ä. wegen der leicht beeinflussbaren Arbeitslosenstatistik der Vorzug vor offensi-

ven Konzepten für wirkliche Beschäftigungserfolge gegeben wird. Die Beschäftigtenzahl ist der Maßstab für erfolgreiche Wirtschaftspolitik, nicht die Arbeitslosenzahl. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf:

- Beschäftigtenzahl und Arbeitslosenzahl möglichst zeitnah zu veröffentlichen,
- über die Entwicklung der Beschäftigung wie folgt regelmäßig zu berichten:
 - ▶ monatliche Darstellung der Gesamtbeschäftigtenzahl
 - ▶ sektorale und regionale Aufgliederung der Beschäftigung
 - ▶ Entwicklung der Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigung
 - ▶ Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials
 - ▶ Entwicklung der Arbeitslosigkeit wie üblich
- und diese Beschäftigtenstatistik ins Zentrum der öffentlichen Berichterstattung zu rücken.

Der Antrag kann im Wortlaut im Büro Gunnar Uldall unter Tel.: 030/227-77697 oder 030/227-78367 angefordert werden.

Briefporto bleibt bei uns einsame Spitze

Zur schriftlichen Anweisung des Bundeswirtschaftsministers an die Regulierungsbehörde, das Briefporto bis Ende 2002 auf dem jetzigen internationalen Hochstand zu belassen, erklärt der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Post und Telekommunikation, Elmar Müller:

Wieder einmal erweist sich Bundeswirtschaftsminister Werner Müller als Papiertiger, wenn es um den Schutz

der Verbraucher geht. Das Briefporto in Deutschland bleibt einsame Spitze, weil die Regierung glaubt, damit beim anstehenden Börsengang der Post AG zusätzliche Anleger gewinnen zu können. Interesse verdient der Vorgang allemal. Nachdem schon bei der Telekommunikationsentscheidung zum Endteilnehmeranschluss die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde arg strapaziert worden ist, ist der Regierung beim Briefporto nun jedes Schamgefühl abhanden gekommen.

Rot-Grün ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben

Das vom Bundestag am 24. März mit den Stimmen der Regierungskoalition und bei Stimmenenthaltung der CDU/CSU-Fraktion verabschiedete Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen bleibt weit hinter den Erwartungen aller Fachleute aus dem Stiftungsbereich zurück.

Der wichtige zivilrechtliche Bereich ist überhaupt nicht berücksichtigt und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, und im steuerrechtlichen Bereich gibt es nur unwesentliche Verbesserungen, die darüber hinaus den Gleichheitsgrundsatz verletzen. So werden in Zukunft viele kirchliche Stiftungen des öffentlichen Rechtes, Stiftungsvereine und gemeinnützige Stiftungs-GmbHs, wie z.B. die Robert-Bosch-Stiftung, nicht von den Verbesserungen profitieren.

Otto Bernhardt, der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Finanzausschuss: Dieses habe ich im Rahmen der 2. und 3. Lesung des Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen im Deutschen Bundestag erklärt.

Ich kritisiere, dass zwischen dem ursprünglichen Entwurf der Regierungsparteien vom 13. 12. des vergangenen Jahres und dem jetzt zu verabschiedenden Gesetz praktisch nichts verändert wurde außer dem Zusatz, dass ab 1. 1. 2002 nicht 40.000,- DM, sondern 20.450,- EURO als Sonderausgaben absetzbar sind. Keine der vielen konstruktiven Verbesserungsvorschläge aus den parlamentarischen Beratungen und den Stellungnahmen vieler Verbände wurden berücksichtigt. Auch vier Anträge der CDU/CSU-Fraktion, die das Ziel hatten, Stiftungen die Möglichkeit zu geben, im begrenzten Umfang andere gemeinnützige Stiftungen zu unterstützen, die steuerbegünstigten Beträge zu

erhöhen sowie eine Verbesserung der steuerlichen Möglichkeiten für Großspender zu ermöglichen, wurden abgelehnt.

Norbert Lammert: Kein modernes Stiftungsrecht

Das von den Koalitionsfraktionen in dieser Woche verabschiedete Gesetz zur steuerlichen Behandlung von Stiftungen ist allenfalls ein erster Schritt, nicht aber die allseitig geforderte umfassende Weiterentwicklung der deutschen Stiftungslandschaft durch Verbesserung der rechtlichen wie steuerlichen Rahmenbedingungen, wie dies der Antrag der Unionsfraktion „Ein modernes Stiftungsrecht für das 21. Jahrhundert“ vorgeschlagen hatte.

Aber auch bei den steuerrechtlichen Verbesserungen bleibt die Koalition hinter ihren eigenen Ankündigungen zurück. Spürbare Anreize zum Spenden und Stiften dürfen nicht auf die Begünstigung von Kleinspenden beschränkt bleiben, sondern müssen auch den Großspender erreichen. Zustiftungen und Bürgerstiftungen sind das Eine, große Vermögen für gemeinwohlorientierte Zwecke sind das Andere.

Frühzeitige „Brandbriefe“ namhafter Organisationen an den Bundeskanzler, rechtzeitig in den Gesetzgebungsprozess einzugreifen, haben erkennbar nichts gefruchtet. Die Union hat genau die konkreten Änderungsanträge eingebracht: Ermöglichung von Zustiftungen (sogenannte endowments), Verdopplung der bisherigen Sätze zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Spenden, Spendenabzug von einer Million in zehn Jahren sowie die Wiederherstellung des Großspendenabzugs. Sie wurden allesamt abgelehnt.

Jugendliche brauchen mehr Medienkompetenz

Zur 13. Shell-Studie erklärte die jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn:

Es ist sehr erfreulich, dass sich in der neuen Shell-Studie mehr Jugendliche von einem pauschalen Pessimismus gelöst haben und ihre eigenen Zukunftsaussichten wieder stärker positiv beurteilen. Verbunden mit dem laut Studie ebenfalls deutlich gestiegenen Leistungswillen sehe ich hier eine sehr gute Basis für die Zukunft der Jugendlichen.

Nachdenklich muss jedoch die noch relativ geringe Zahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 24 Jahren mit Internetzugang und -erfahrung stimmen. Eine umfassende Medienkompetenz ist für die nachwachsende Generation unerlässlich – sowohl für die eigene berufliche Entwicklung als auch für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Grundlage hierfür ist der Zugang zum Internet und die praktischen Fertigkeiten im Umgang mit ihm. Hier liegen wichtige Aufgaben für die schulische und außerschulische Bildung, aber auch für die technische und personelle Ausstattung von Schulen, Bibliotheken, Freizeiteinrichtungen u.ä. Darüber hinaus ist es jedoch dringend erforderlich, dass Jugendliche auch eine kritische Distanz, die Fähigkeit, Medieninhalte zu beurteilen und zu bewerten, und einen verantwortlichen Umgang mit der Informationsflut erlernen. An diesen Punkten muss sich die rot-grüne Koalition messen lassen. Noch besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Große Sorgen bereitet das in der Studie erkennbare Desinteresse an politischen Themen und Zusammenhängen. Viele Jugendliche konzentrieren ihre Kräfte lieber auf

die Gestaltung des persönlichen Lebensbereiches und überlassen die Verantwortung für die größeren Zusammenhänge anderen. Hier sind alle Parteien, aber insbesondere ist die Jugendministerin gefordert. Mit neuen jugendgemäßen Erfahrungs- und Ausdrucksformen müssen politische Themen und die Bereitschaft zur Verantwortung über den persönlichen Raum hinaus den Jugendlichen bzw. auch den Kindern nahe gebracht werden.

Sehr erfreulich ist das erheblich gestiegene Vertrauen für die CDU/CSU. Gegenüber 15,4% im Jahre 1996 wählten 1999 21,7% der Jugendlichen die CDU/CSU als „politische Gruppierung“, die ihnen „am nächsten steht“.

Rot-Grün muss die Interessen der jungen Menschen stärker berücksichtigen

Zur neuesten Shell-Jugendstudie erklärte der Vorstand der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), und Klaus Holetschek:

Die Shell-Jugendstudie räumt mit alten Vorurteilen auf: Nicht Pessimismus und „Null-Bock“ kennzeichnen die im vergangenen Jahr befragten Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren, sondern Optimismus und Leistungsbereitschaft. Dieses Ergebnis verlangt Annahme, auch Reaktion durch die Politik. Ihre Aufgabe ist es, diese Einstellungen der jungen Menschen positiv zu unterstützen und vernünftige Rahmenbedingungen für die Zukunftsperspektiven junger Menschen zu schaffen. ▶

Vorsitzende und Beisitzer

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 27. März die Vorsitzenden für die Arbeitsgruppen (gleichzeitig Sprecher) gewählt:

Recht: Norbert Geis

Inneres: Erwin Marschewski

Wirtschaft: Gunnar Uldall

Landwirtschaft: Heinrich-Wilhelm Ronsöhr

Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Dirk Fischer

Finanzen: Gerda Hasselfeldt

Haushalt: Dietrich Austermann

Arbeit und Soziales:
Karl-Josef Laumann

Gesundheit: Wolfgang Lohmann

Auswärtiges: Karl Lamers

Verteidigung: Paul Breuer

Europäische Union: Peter Hintze

Wirtschaftliche Zusammenarbeit:
Klaus Jürgen Hedrich

Bildung und Forschung:
Gerhard Friedrich

Umwelt: Peter Paziorek

Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Maria Eichhorn

Tourismus: Klaus Brähmig

Kultur und Medien: Norbert Lammert

Sport und Ehrenamt: Klaus Riegert

Neue Länder: Günter Nooke

Bau- und Wohnungswesen:
Dietmar Kansy

Menschenrechte und humanitäre Hilfe: Hermann Gröhe

Beisitzer für den Fraktionsvorstand (CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion):

Heinz-Georg Seiffert

Sabine Bergmann-Pohl

Clemens Schwalbe

Michael Meister

Siegfried Hornung

Erika Reinhardt

Kurt-Dieter Grill

Hubert Hüppe

Eva-Maria Kors

Ulrich Klinkert

Hartmut Schauerte

Vera Lengsfeld

Unser Bildungssystem muss modernen Anforderungen entsprechen und junge Menschen auch auf Berufe in Zukunftsbranchen vorbereiten. Dazu zählt vor allem eine erheblich verbesserte Ausstattung der Schulen mit Computern – schließlich hat die Shell-Studie herausgefunden, dass nur ein Viertel der Jugendlichen über einen privaten Internet-Anschluss verfügen und somit die Chance haben, am World

Wide Web teilzunehmen. Hier sind beispielsweise die SPD-Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein gefordert, die in den vergangenen drei Jahren weniger bzw. knapp 1.000 DM pro Schule in Multimedia investiert haben. Zum Vergleich: Baden-Württemberg ließ sich die Ausstattung mehr als 20.000 DM pro Schule kosten. Bayern hat bereits eine Bildungsoffensive gestartet.

Clements „Jobwunder“ – nichts als eine leere Versprechung

Zu den in der „Welt am Sonntag“ jetzt bekannt gewordenen Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten erklärte der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul:

Offensichtlich sind die Ergebnisse des Geheimgutachtens Clement so peinlich, dass er es in den Tresoren der Staatskanzlei hat verschwinden lassen. Die CDU fordert Clement auf, unverzüglich das ganze Gutachten zu veröffentlichen. Die Fakten auf den Tisch statt hohle Sprüche auf Plakate.

Das Geheimgutachten über die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen macht deutlich, dass Clements „Jobwunder“ eine leere Versprechung ist und dass der von ihm beschworene Aufschwung an Nordrhein-Westfalen vorbeigeht. Seit 1980 liegt Nordrhein-Westfalen beim Wirtschaftswachstum ununterbrochen hinter dem Wirtschaftswachstum in Westdeutschland zurück. Daran wird sich nach den Prognosen auch in diesem Jahr nichts ändern. Für das Jahr 2000 gehen die Wirtschaftsforscher in Nordrhein-Westfalen von einem Wachstum aus, das einen halben Prozentpunkt unter dem bundesweiten Wirtschaftswachstum liegt. Das bedeutet nichts Gutes für den Arbeitsmarkt. Während in Westdeutschland mit einem Anstieg der Erwerbstätigenzahl von 0,5 Prozent zu rechnen ist, geht das Geheimgutachten für Nordrhein-Westfalen von einem Anstieg von 0,2 Prozent in diesem Jahr aus. Ein Aufschwung ohne Jobs kann uns aber gestohlen bleiben.

Das Geheimgutachten ist für Clement der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Offenbarungseid. Es stellt seiner Politik nur schlechte Noten aus. Es macht deutlich, dass Clement in der Wirtschafts- und Ar-

beitsmarktpolitik völlig versagt hat. Clements Gerede vom Aufschwung ist eine Fata Morgana. Die Fakten der unabhängigen Wirtschaftsforscher sehen anders aus. Danach stagnierte 1999 die gesamtwirtschaftliche Produktion in Nordrhein-Westfalen und die Brutto-Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe sank sogar um 1,2 Prozent, während sie im gleichen Zeitraum in Westdeutschland um 0,7 Prozent zugenommen hat. Das verarbeitende Gewerbe nahm bundesweit um 1 Prozent zu, in Nordrhein-Westfalen ging der Wert in diesem Sektor um 2 Prozent zurück. Diese Minuszahlen sind das Ergebnis der Politik des Minus-Mannes Clement.

Fünf Mrd. Mark Schaden durch Ladendiebstahl

Aus deutschen Geschäften sind im vergangenen Jahr Waren im Wert von rund fünf Milliarden Mark gestohlen worden. Die Zahl der Ladendiebstähle sei zwar rückläufig, die Schadenssumme jedoch gleichbleibend, sagte der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels, Holger Wenzel. Besonders gefragt bei den Langfingern seien Kosmetikartikel, Textilien und Elektrowaren. Außerdem würden mehr hochwertige Artikel gestohlen. Wenzel zufolge investiert der Handel jährlich rund 1,5 Milliarden Mark in den Schutz vor Diebstählen. Unter anderem fließe das Geld in Videoüberwachungskameras, elektronische Warensicherung sowie Personalschulungen.

Regierung verzögert Rückführung ausländischer Gefängnisinsassen

Der hessische Justizminister Christian Wagner hat die Bundesregierung aufgefordert, mehr dafür zu tun, dass künftig ausländische Häftlinge auch gegen deren Willen in den Justizvollzug ihres Heimatstaates überstellt werden können.

Die Bundesregierung habe lange gezögert, ein dazu notwendiges Zusatzprotokoll zum europäischen Überstellungsübereinkommen zu ratifizieren. Erst nachdem die neue Hessische Landesregierung dies zum Thema der Justizministerkonferenz gemacht habe, sei Bewegung in die Sache gekommen. Allerdings sei der von der Bundesjustizministerin vorgelegte Entwurf eines Ratifikationsgesetzes allein nicht ausreichend. Erforderlich sei vielmehr, dass sich Deutschland gegenüber den anderen Unterzeichnerstaaten des Überstellungsübereinkommens intensiver dafür einsetze; dass auch diese das Übereinkommen ratifizieren.

Wagner wörtlich: „Was hilft es uns, wenn wir das Abkommen ratifizieren, aber diejenigen Staaten, in die wir die Häftlinge zurückführen wollen, nicht ratifizieren?“ Deshalb sei hier verstärkter außenpoliti-

scher Druck notwendig, um Fortschritte zu erzielen.

Ferner erwarte er von der Bundesjustizministerin, dass sie darauf verzichte, in der sog. Denkschrift zum Zusatzprotokoll zusätzliche Hürden für die künftige Anwendung der neuen Regelung aufzubauen.

„Das Überstellungsverfahren muss insgesamt entbürokratisiert werden, damit die Zahlen der rückzuführenden ausländischen Strafgefangenen nennenswert erhöht werden kann. Deshalb müssen formale Hürden abgebaut und dürfen keine neuen errichtet werden“.

Wagner erwartet deshalb von der Bundesjustizministerin, dass sie in der nächsten Zeit weitere Vorschläge unterbreitet, die geeignet sind, das Verfahren insgesamt zu vereinfachen und zu beschleunigen. Der hessische Justizminister kündigte an, dass eine von ihm von ihm eingesetzte Arbeitsgruppe auch dazu entsprechende Vorstellungen entwickeln werde. Hessen hat im Übrigen bereits im Haushalt für dieses Jahr eine Haushaltsstelle eingerichtet, die es ermöglicht, anderen Staaten Haftkosten für übernommene Strafgefangene zu erstatten.

Niedersachsen: Scharfe Kritik an Gabriels

Der Landtagsvorsitzende und Vorsitzende der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Christian Wulff, hat die Politik von Ministerpräsident Sigmar Gabriel in den ersten 100 Amtstagen scharf kritisiert.

In den zentralen Themen erwiesen sich viele Ankündigungen Gabriels als

„Luftnummern“, sagte Wulff vor Journalisten in Hannover.

So seien Zusagen wie zusätzliche Lehrerstellen oder die weitere Einführung der „Verlässlichen Grundschule“ im Landeshaushalt nicht abgesichert. In der Finanzpolitik seien bei Gabriel keine Ansätze zu erkennen, von der

Trauer um Werner Zeyer

Der saarländische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Peter Müller hat die bleibenden Verdienste des verstorbenen früheren saarländischen Ministerpräsidenten Werner Zeyer gewürdigt. Zu Ehren des Verstorbenen hat die saarländische Landesregierung in einem Staatsakt in der Ludwigskirche Saarbrücken an die Verdienste von Werner Zeyer um das Land und seine Menschen erinnert.

Im Rahmen des Festaktes erinnerten Ministerpräsident Peter Müller, der CDU-Bundesvorsitzende Wolfgang Schäuble und der thüringische und frühere rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel an das Wirken von Werner Zeyer, der von 1979 bis 1985 Ministerpräsident im Saarland war. Musikalisch umrahmt wurde der Staatsakt von Theo Brandmüller an der Orgel und dem Artus Quartett.

In schwieriger Zeit nach dem plötzlichen Tod von Franz-Josef Röder übernahm Zeyer das politische Ruder, stellte sich der Verantwortung und leitete sechs Jahre lang die Geschicke des Landes mit – so Peter Müller –

Sachverstand, Gradlinigkeit, Fleiß und Zuverlässigkeit.

Peter Müller: „In schwieriger Zeit war es ein Glücksfall für das Saarland, einen Mann an seiner Spitze zu haben, der mit Sachverstand und Verlässlichkeit die Probleme angepackt und Lösungen gesucht hat. Er war ein Mann



Ministerpräsident Peter Müller würdigt die bleibenden Verdienste von Werner Zeyer.

des Ausgleichs, für den die Arbeit in der Sache und nicht die öffentliche Schlagzeile im Mittelpunkt stand. Werner Zeyer hat immer für seine Heimat und die Interessen der Menschen hier gekämpft und sich dafür eingesetzt.

Als langjähriger CDU-Landesvorsitzender war er auch ein unverzichtbarer Baustein christdemokratisch geprägter Politik im Saarland und hat bis zum Schluss das politische Geschehen aktiv begleitet und mit seiner Erfahrung und seinem Wissen bereichert.“

Politik in den ersten hundert Tagen

Schuldenpolitik seiner Vorgänger Abstand zu nehmen. Bei Polizei und Justiz werde die ohnehin schon angespannte Personalsituation durch die weitere Kürzung von 500 Stellen weiter verschärft. In der Wirtschaftspolitik gebe es keine neuen Impulse, sondern nur „hektischen Aktionismus“. Die

Landwirtschaft, der zweitwichtigste Wirtschaftszweig in Niedersachsen, sei völlig „unter die Räder gekommen“.

Christian Wulff: „Die Vorschuss-Lorbeeren, mit denen die SPD den Glogowski-Nachfolger bedacht hat, sind durch keinerlei Erfolge gerechtfertigt.“

Tagungsfolge des 13. Parteitags in Essen

Montag, 10. April

ERÖFFNUNG und Begrüßung durch den Parteivorsitzenden **Wolfgang Schäuble**

GRUSSWORT des Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Landesverbands, **Jürgen Rüttgers**

BERICHT des Parteivorsitzenden **Wolfgang Schäuble**

BERICHT des Bundesschatzmeisters **Matthias Wissmann**

zugleich

EINFÜHRUNG in die Anträge des Bundesvorstands zu den Konsequenzen der Finanzaffäre

- ▶ Anträge auf Änderung des Satzungsrechts
- ▶ Anträge zur finanziellen Konsolidierung der Bundespartei

AUSSPRACHE zu den Berichten des Bundesschatzmeisters und der Rechnungsprüfer sowie Beschlussfassung zu den Anträgen des Bundesvorstands

ENTLASTUNG des Bundesvorstands

BERICHT der Generalsekretärin **Angela Merkel**

zugleich

EINFÜHRUNG in den Antrag des Bundesvorstands „Essener Erklärung“

BERICHT des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, **Hartmut Nassauer** (wird schriftlich vorgelegt)

Dienstag, 11. April

ANTRÄGE zur Reform der Parteiarbeit
BESCHLUSSFASSUNG zum politi-



schen ANTRAG des Bundesvorstands „Essener Erklärung“

BERICHT des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, **Friedrich Merz**

GRUSSWORT des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident **Edmund Stoiber**

WAHL des Bundesparteigerichts

WAHL der Delegierten und Stellvertretender Delegierten zum XIV. EVP-Kongress

WAHL der CDU-Mitglieder und Stellvertretende Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei

EINFÜHRUNG in den Antrag des Bundesvorstands „Aufbruch in die lernende Gesellschaft - Bildungspolitische Leitsätze“ durch **Annette Schavan**

Jetzt **CDU**?

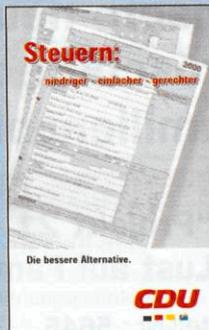
Gerade Jetzt!

● **Faltblatt
Jetzt CDU?
Gerade Jetzt!**

Bestell-Nr.: **2648**
Verpackungseinheit 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: **13,00 DM**

● **Minibroschüre
CDU-Steuermodell 2000**

Bestell-Nr.: **5648**
Verpackungseinheit 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: **18,00 DM**



Impressum laut 2000 mit laut 2000

| CDU |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 |
| 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 |
| 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 |
| 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 |
| 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 |
| 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 |
| 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 | 80.000 |
| 90.000 | 90.000 | 90.000 | 90.000 | 90.000 | 90.000 | 90.000 | 90.000 | 90.000 | 90.000 |
| 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 |

● **Faltkarte
Steuertabellen**

Bestell-Nr.: **2650**
Verpackungseinheit 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: **11,00 DM**

**Wählen Sie
Ihren Steuerartikl
der Zukunft!**

Die Tabellen **X**

Steuern:
niedriger - einfacher - gerechter

CDU

Hinweis zum Statut der CDU (Stand 12/96)

Das Statut der CDU einschließlich der Beitrags- und Finanzordnung wird über unseren Dienstleister in Versmold vertrieben. Derzeit befindet sich nur noch eine Restauflage dieser Broschüre im Versandzentrum. Aufgrund bevorstehender – umfangreicher – Änderungsanträge zum Statut während des Bundesparteitages in Essen vom 9.-11. April wird es zu erheblichen Veränderungen dieser Broschüre kommen. Daher wird die derzeit gültige Fassung nicht mehr produziert. Daraus ergibt sich, dass Bestellungen nicht in vollem Umfang erfüllt werden können. Wir bitten Sie dafür um Verständnis.

Am schnellsten können Sie sich über die Änderungen im Internet (www.cdu.de) informieren, aber auch der UiD wird die Änderungen dokumentieren. Sobald die geänderte Fassung des Statutes wieder vorrätig ist, werden wir dies nach dem Parteitag im UiD und im Internet ankündigen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 11 90
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Unsere neue Broschüre zur Familienpolitik

● "Projekt 21 – Lust auf Familie"

Bestell-Nr.: **5645**
Verpackungseinheit: **50 Expl.**
Preis je 50 Expl.: **40,00 DM**

Bestellanschrift:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax: 0 25 24/91 13 10
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



UiD

11/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-1 11/3 33. **Vertrieb:** Tel. (0 22 26) 8 02-123. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.